Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,45 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1.— Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung.

Schriftleitung: H. Fleischer, Druck und Verlag: P. Fleischer, Warmbrunn, Voigtsdorfer-Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 61. Freitag, den 13. März 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Vereidigung des Reichspräsidentenstellvertreters Dr. Simons findet in der Donnerstagsitzung des Reichstages statt.

* Im Preußischen Landtag kam es bei der Kritik eines deutschvölkischen Redners über die beim Staatsbegräbnis des verstorbenen Reichspräsidenten entstandenen Kosten zu derartigen Sturmszenen, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte

* Der neugewählte preußische Ministerpräsident Marx beabsichtigt, erst am Mittwoch nächster Woche mit dem Kabinett und der Regierungserklärung vor den Landtag zu treten.

* Im Magdeburger Berufungsprozeß in der Ebert-Angelegenheit wurde ein kurz vor dem Tode verfaßtes Protokoll des verstorbenen Reichspräsidenten verlesen, in dem er jede Beziehung zu dem ihm nachgesagten Landesverrat weit von sich r

* Der bisherige amerikanische Botschafter in Berlin Houghton erklärte in einer Rede, daß jede Behauptung von Deutschlands heimlichen Rüstungen unwahr sei. Deutschland sei vollständig entwaffnet.

Was soll nun werden?

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns zu der Wiederwahl von Marx zum preußischen Ministerpräsidenten geschrieben:

Nun ist Marx wiedergewählt, aber mit derselben Mehrheit wie das letzte Mal. Aber die Situation, parlamentarisch gesehen, hat sich gegen dieses letzte Mal gar nicht geändert. Daß Marx nun in den nächsten Tagen wieder dasselbe Kabinett dem Landtag vorstellen und von diesem ein Vertrauensvotum verlangen wird, ist wohl kaum anzunehmen, da mit immer größerer Bestimmtheit behauptet wird, Severing werde für den Posten des Innenministers nicht mehr in Frage kommen. Aber auch der Versuch, eine weniger umstrittene Persönlichkeit der Sozialdemokratischen Partei für diesen oder einen anderen wichtigen Posten im Kabinett heranzuziehen, scheint gleichfalls an der Beurteilung einer solchen Regierung durch die Parteien der Opposition nicht das geringste zu ändern. Zwar hat Marx am Abstimmungstage wieder 222 Stimmen erhalten, natürlich auch die Stimmen jener Zentrumsmitglieder, die sich bei der letzten Abstimmung dem Mißtrauensvotum der Opposition gegen die Kabinettsmitglieder anschlossen. Aber diese Opposition verfügte am Dienstag wieder über 221 Stimmen, so daß Marx mit der Wiederholung der Annahme dieses Mißtrauensvotums rechnen muck.

Was soll nun werden? Diese Frage legt man sich nun auch in Zentrumskreisen immer nachdenklicher vor. Ein Parlamentarier hat über diese Frage in der Germania, dem Berliner Zentrumsorgan, einen langen Artikel verfaßt, in dem er diese Frage allerdings auch nicht ganz präzise zu beantworten vermag. Wichtiger dabei ist freilich die in dem Artikel erfolgte Feststellung, besser gesagt das Zugeständnis, daß Marx selbst bei Annahme eines Vertrauenvotums für sein Kabinett bzw. der Ablehnung eines Mißtrauensvotums praktisch nichts erreicht habe. Denn mit einer oder zwei Stimmen Mehrheit könne Marx nicht regieren; das höchste, was dann erreicht würde, wäre, daß aus einer offenen Krise eine schleichende würde. Jeden Tag könnte Marx gestürzt werden, weil sich die parteipolitischen Gegensätze ganz außerordentlich scharf zugespitzt hätten. So sehr, daß die parlamentarische Opposition, wenn sie es zahlenmäßig bezwingen könnte, ohne weiteres zur Obstruktion gegen das Kabinett Marx übergehen würde und damit schließlich doch den gewünschten Erfolg, nämlich den Rücktritt Marx', herbeiführen könnte. So war es, als vor dreieinhalb Jahren das Kabinett Stegerwald gehen mußte.

Welche Lösungsmöglichkeiten wären nun angesichts dieser zugespitzten Situation denkbar?

Die eine wäre — vielleicht — eine Auflösung des Landtages und Neuwahl. Verfassungsrechtlich ist diese aber nur denkbar, wenn das Zentrum dieser Auflösung zustimmt, weil sonst die Mehrheit nicht da ist. Der Artikel in der Germania ebenso wie überhaupt die maßgebenden Zentrumskreise sind aber unbedingt gegen eine Neuwahl; der Artikelschreiber gesteht freimütig zu, daß im Zentrum über die politische Taktik der letzten Zeit keineswegs die für einen Wahlkampf notwendige Einigkeit vorhanden sei. Und daß auch die Sozialdemokratie gegen eine solche Auflösung wäre, versteht sich gerade jetzt von selbst.

Nun schlägt jener Zentrumsparlamentarier als Übergangsstadium ein Beamtenkabinett vor, ein Gedanke übrigens, der auch von der Rechten schon sehr häufig zur Erwägung gestellt worden ist. Freilich kann man dann ohne weiteres den Einwand erheben, daß das Beamtenkabinett eigentlich ein — Schlagwort ist. Denn schließlich ist doch jeder Beamte, namentlich die in Frage kommenden höheren Beamten, irgendwie politisch festgelegt, da ja überhaupt bei den politischen Beamten die Frage ihrer parteipolitischen Stellungnahme auch gesetzlich eine sehr entscheidende Rolle spielt. Immerhin gibt es doch noch zahlreiche Beamte höheren Grades, die wenigstens persönlich nicht so umkämpft sind, wie das besonders bei hervorragenden Parlamentariern der Fall ist, die für einen Ministerposten in Frage kämen. Eine solche Lösung wäre also nicht von vornherein von der Hand zu weisen, zumal, wenn sie in der Absicht getroffen wird, einen Übergang zu einem späteren parlamentarischen Kabinett zu bilden, wenn sich erst einmal die Leidenschaften etwas gelegt haben, wenn vor allem die Frage der Reichspräsidentschaft endgültig geklärt ist.

Andere Kreise im Zentrum sollen noch weitergehen. Man empfiehlt dort, wie behauptet wird, eine Lösung nach der Richtung, daß ein sogenanntes bürgerliches Kabinett mit oder ohne Einschluß der Demokraten geschaffen wird, in dem das Zentrum allerdings die wichtigsten Posten in Besitz haben soll, um einen unbedingten Einfluß auf die politische Haltung dieses Kabinetts zu haben, d. h. also es nicht nach rechts abrutschen zu lassen. Parlamentarisch wäre die Mehrheit für ein solches Kabinett da. Das wäre aber nicht dieselbe Lage wie im Reiche, weil im Kabinett Luther das Zentrum nicht die Führerrolle hat, sondern nur mitverantwortlich ist in den beiden Ministern, die es gestellt hat, wodurch freilich auch wieder praktisch dem Zentrum die Möglichkeit genommen ist, sich der Unterstützung des Kabinetts Luther zu versagen. Eine dritte Lösung wird nun auch darin gesehen, daß man die Rechtsparteien von Deutschnationalen bis Wirtschaftspartei ein Kabinett bilden läßt und diesem von Fall zu Fall die parlamentarische Unterstützung gibt oder nicht gibt, es letzteren Falles also stürzt. Erst dann sei der Zeitpunkt für eine Neuwahl gekommen.

Ob diese oder andere Lösungen nun einer Verwirklichung entgegeengeführt werden, ist heute noch nicht zu übersehen und hängt mehr oder weniger immer von dem Ausgang der Reichspräsidentenwahl ab.

Deutschlands vollständige Abrüstung.

Botschafter Houghton gegen die Kontrollkommission.

Der Interalliierten Kontrollkommission, die bei ihren letzten Inspektionen in Deutschland geheime Waffenlager entdeckt haben will, die nach ihrer Ansicht die Sicherheit der Entente in Gefahr bringen könnten, ist jetzt ein Widersacher entstanden, der auch in den Ententeländern das größte Ansehen besitzt und dessen Unparteilichkeit auch jene Kreise jenseits unserer Grenzen nicht werden bezweifeln können, die in ständiger Angst vor einem deutschen Revanchekrieg leben. Es handelt sich um den bisherigen Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Houghton, der vor dem Antritt seines neuen Amtes in London eine Reise über den Ozean unternommen hat und bereits in Newyork eingetroffen ist.

In einer Unterredung mit Pressevertretern wies Houghton in allerschärfster Weise darauf hin, daß die angeblichen deutschen Rüstungen, wie sie die Kontrollkommission Deutschland zum Vorwurf mache, in Wirklichkeit nicht beständen. Derartige Berichte erhalte man täglich zum Morgenkaffee vorgesetzt. Er könne versichern, daß sie nicht zuträfen. Deutschland hätte vollständig abgerüstet.

Daß einige Verblendete vielleicht ein paar hundert Gewehre gesammelt hätten, könne an dieser Tatsache nichts ändern. Den Tod Eberts bezeichnete Houghton als einen großen Verlust für Deutschland. Deutschland bleibe aber trotzdem Republik. Die monarchistische Frage könne vielleicht in 20 bis 30 Jahren aktuell werden, aber nicht jetzt. Außerdem pries der Botschafter den Dawes-Plan, durch den sich die Verhältnisse in Deutschland wie durch ein Wunder gebessert hätten.

Sturm im Preußischen Landtag.

(21. Sitzung.) tt. Berlin, 11. März.

Unerwarteterweise kam es heute im Preußischen Landtag zu Lärmszenen. Auf dem Präsidentensitz saß der Vizepräsident von Kries. Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der Beratung des Dortmunder Grubenunglücks. Nachdem der kommunistische Abgeordnete Schwenk eine lange Rede gehalten hatte, bekam der Abg. Kaiser von der Nationalsozialistischen Freiheitspartei das Wort, der sehr heftig gegen Kommunisten und Sozialdemokraten polemisierte. Der Redner führte weiter aus, jeder der in Dortmund Verunglückten sei ihm mindestens ebensoviel wert wie ein Rathenau oder ein Ebert, für dessen Beerdigung man allein 3 Millionen Mark übriggehabt habe. Nach diesen Worten setzte ein

ungeheurer Lärm

ein. Ein Sozialdemokrat wurde zur Ordnung gerufen, weil er dem Redner „Lump" zugerufen hatte. Die betäubenden Schlußrufe verhinderten den Redner, weitere Ausführungen zu machen. Der Vizepräsident Dr. v. Kries versuchte immer wieder, Ruhe zu schaffen; als es ihm nicht gelang, mußte er schließlich die Sitzung auf eine Viertelstunde unterbrechen.

Die zweite Sitzung.

In der neuen Sitzung bittet Vizepräsident Dr. v. Kries, die Verhandlungen nicht durch neue Lärmszenen weiter zu unterbrechen.

Abg. Kaiser (Nat.-Soz.) setzt, beim Beginn seiner Rede wiederum von Schluß- und Pfuirufen der Sozialdemokraten unterbrochen, seine Ausführungen fort. Er wiederholt, daß für die Opfer der Katastrophen im Ruhrgebiet und für deren Hinterbliebene nichts Ausreichendes geschehe. Der Redner schließt mit der Aufforderung, einig zu sein. (Gelächter bei den Sozialdemokraten und erneute Lärmkundgebungen gegen den abtretenden Redner.)

Abg. Dr. v. Waldthausen (Dnat.) weist die zahlreichen Beschwerden des sozialdemokratischen Abg. Husemann zurück. Die Sozialdemokraten sollten sich doch lieber an ihren eigenen Minister Siering wenden, der für die meisten der vorgebrachten Beschwerden zuständig sei. Auch seine Partei trete für menschenwürdige Behandlung der Arbeiter ein.

Abg. Dr. Pinkerneil (D. Vp.): Zur Vermehrung der Revierbeamten muß das allerbeste Material ausgewählt werden. Mit seinem Betriebsrat muß jeder Direktor fertig werden können. Die Hauptsache ist die Steigerung des Absatzes und da kann nur eine ganz andere Frachtpolitik helfen, sonst ist die Katastrophe des Ruhrbergbaues unausbleiblich.

Ein Vertreter des Handelsministeriums verbreitet sich über die Unfallstatistik und die Methode ihrer Aufstellung. Aus der Statistik der Todesfälle ergibt sich unwiderleglich eine prozentuale Abnahme der Tötungen seit 1920.

Nach weiteren Reden der Abgg. Sobottka (Komm.), Wiegerhaus (Nat.-Soz.) und Harsch (Zentrum) werden alle Anträge zum Grubenunglück dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen. Das Haus vertagt sich darauf auf Donnerstag, den 12. März.

Regierungserklärung nächsten Mittwoch.

Der Ältestenrat des Preußischen Landtages hielt eine Besprechung über den weiteren Arbeitsplan ab. Landtagspräsident Bartels gab Kenntnis von einer Mitteilung der Regierung, daß sie morgen nicht in der Lage sei, eine Regierungserklärung abzugeben, vielleicht aber in der nächsten Woche. Nach ziemlich lebhafter Auseinandersetzung wurde beschlossen, daß am Donnerstag noch eine Plenarsitzung stattfinden soll. Freitag bis Dienstag soll plenarsitzungsfrei bleiben. Für Mittwoch der kommenden Woche ist die Entgegennahme der Regierungserklärung in Aussicht genommen. Für den Fall, daß es nicht dazu kommt, soll die Neuwahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Um die Präsidentschaft.

n. Berlin, 11. März.

Hin und her gehen die Auseinandersetzungen über die endgültigen Kandidaten für die Wahl am 29. März. Allmählich bahnt sich anscheinend eine Klärung der Lage an, ohne daß Überraschungen noch im letzten Augenblick ausgeschlossen sind. Heute tagte der von dem früheren preußischen Staatsminister Loebell geleitete Ausschuß, der eine gemeinsame Kandidatur der bürgerlichen Parteien schaffen will. Über die heutigen Arbeiten wurde ein Bericht ausgegeben, der im wesentlichen folgendes besagt: „Der Ausschuß hat heute mit Vertretern der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei über eine etwaige gemeinsame Kandidatur der im Ausschuß vertretenen Parteien und Organisationen beraten. Von den im Ausschuß vertretenen Parteien und Organisationen wurde den Vertretern des Zentrums und der Demokraten erklärt, daß der im Ausschuß vorbereitete Vorschlag einer Kandidatur Jarres aufrechterhalten werde. Sollte aber der Parteiausschuß des Zentrums, wie die Demokatische Partei es bereits getan habe, sich für eine gemeinsame bürgerliche Kandidatur entschließen und auf eine eigene Kandidatur verzichten, so solle sofort in weitere Beratungen eingetreten werden."

Mit den letzten Worten wird vermutlich die schon einmal ventilierte Kandidatur Stegerwalds angedeutet. Andererseits betont man, im Ausschuß sei als Kompromißkandidat wieder der Reichswehrminister Geßler genannt worden, während für die von den Demokraten vorgeschlagene Aufstellung des Reichspräsidentenstellvertreters Dr. Simons rechts keine Neigung vorhanden sei. Inzwischen hat einer der rechtsstehenden Verbände, der Jungdeutsche Orden, eine Proklamation gegen die geplante Kandidatur Jarres erlassen und die Nominierung des Oberbefehlshabers der Reichswehr, General v. Seeckt, gefordert. Auch im sozialdemokratischen Lager erhebt sich Widerspruch gegen den Parteikandidaten Braun. Außer dem nach Berlin gekommenen Oberpräsidenten Hörsing, der an der Spitze des Reichsbanners steht und sich im Auftrage der Organisation für eine Gemeinschaftskandidatur der Weimarer Koalitionsparteien (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) schon im ersten Wahlgang bemüht, tritt der frühere preußische sozialdemokratische Staatsminister Hänisch lebhaft für die Vereinigung der drei Parteien auf einen Namen ein, selbst wenn er nicht der Sozialdemokratie angehöre.

Zu endgültigen Entscheidungen wird wohl erst der noch heute, spätestens morgen erwartete Beschluß des Zentrums führen, dessen Reichsausschuß mit der Aufgabe betraut ist, über die Frage der Aufrechterhaltung der Kandidatur Marx, für die dieser seine Zustimmung gab, sich schlüssig zu werden oder — andere Wege zu finden.

Spritschiebungen im Saargebiet.

Das Reich um Millionen Goldmark geschädigt.

Saarbrücken, 9. März.

Die Saarbrücker Landeszeitung berichtet, daß der elsässische Spirituosenhändler Alphonse Schick es verstanden habe, die ganzen vom Reich dem Saargebiet zugestandenen Einfuhrkontingente von jährlich 12 000 Hektoliter reinen Alkoholweindestillats an sich zu bringen, und daß er aus Weinschlempe und Sprit ein minderwertiges Erzeugnis herstellte und mit Ursprungszeugnissen der Saarbrückener Deutschen Handelskammer, auf Grund deren er vom Reichsernährungsministerium die Genehmigung erhielt, in das Gebiet der deutschen Monopolverwaltung zollfrei einführte. Durch diese Zollhinterziehung sei das Reich um Millionen Gold-

mark geschädigt worden. Schick soll es ferner verstanden haben, sich für etwa 800 000 Liter reinen Alkohols der Nachbesteuerung zu entziehen, wodurch dem Saargebiet etwa 5½ Millionen Frank Schaden entstanden seien. Außer Schick wird besonders schwer belastet der bisherige Syndikus der Deutschen Handelskammer Dr. Schlenker, der als Vorsitzender des Aufsichtsrats des Schickschen Spirituskonzerns in den Ursprungszeugnissen die Schickschen Fälschungen als reines Weindestillat beglaubigte, ferner der Regierungsrat Dr. Hohlfeld von der Finanzabteilung, der Schick die zu seinem Betriebe nötigen Genehmigungen erteilte und die Nachbesteuerung erließ, und schließlich Geheimrat Brill, der für das Ressort der Regierungskommission, in dem sich die Dinge zugetragen haben, verantwortlich ist.

Das Blatt erklärt zum Schluß, daß auch der Präsident der Regierungskommission Rault wenigstens von einem Teil der Schickschen Schiebungen Kenntnis gehabt habe, und daß es bereit sei, für alle diese Beschuldigungen vor Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Prozeß gegen die deutsche Tscheka.

(21. Verhandlungstag.) § Leipzig, 11. März.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung äußerten sich mehrere Zeugen über den Geisteszustand des Angeklagten Neumann. Sein Bruder, ein Bankbeamter, wies darauf hin, daß in der Familie mehrere Fälle von schwerer Geisteskrankheit vorgekommen seien. Der Angeklagte habe zwar keine Zeichen von Geisteskrankheit gezeigt, aber ganz normal sei er sicher nicht. Im Anschluß hieran wird berichtet, daß Neumann während der Untersuchungshaft in Stuttgart in seiner Zelle einen Selbstmordversuch gemacht hat: er wurde mit einer an der Dampfheizung befestigten Schlinge um den Hals vorgefunden. Medizinalrat Dr. Thiele hat keinerlei Anhaltspunkte für eine frühere oder derzeitige Geisteskrankheit Neumanns finden können. Ein anderer Arzt schließt sich diesem Gutachten an, hebt aber hervor, daß Neumann ohne Zweifel erblich belastet sei.

Am heutigen Verhandlungstage wurde zunächst von den Verteidigern eine Reihe von Fragen an die medizinischen Sachverständigen gerichtet. Medizinalrat Dr. Schütz gab an, Neumann sei Hysteriker, aber er sei nicht von vornherein als minderwertig zu bezeichnen.

Eberts letzte Aussage.

(2. Verhandlungstag.) § Magdeburg, 11. März.

Auf die Verlesung zahlreicher Akten aus der ersten Instanz folgte in der gestrigen Verhandlung des Ebert-Prozesses die Vernehmung des Angeklagten Rothardt. Die an ihn gerichteten Fragen des Vorsitzenden beantwortete er nur zögernd. Er erklärte u. a., daß er den verstorbenen Reichspräsidenten deshalb des Landesverrats bezichtigt habe, weil Ebert seinerzeit in die Leitung des Munitionsarbeiterstreiks eingetreten sei und dadurch das Reich geschädigt habe. Aus persönlichen und gewinnsüchtigen Motiven habe Ebert das Land nicht verraten, aber es bleibe bestehen, daß es durch die Unterbindung der Munitionsversorgung geschädigt worden sei. In der heutigen Verhandlung wurden die Aktenverlesungen fortgesetzt, worauf eine Anzahl Reden, die Ebert in der in Frage kommenden Zeit im Reichstage gehalten hat, vorgelesen wurden. Auf den Zeugenstand trat dann Ministerialrat Dr. Döhle vom Bureau des Reichspräsidenten. Er überreichte

eine Niederschrift Eberts,

Aussagen, die der Reichspräsident kurz vor seiner letzten Erkrankung zu Protokoll gegeben hatte, damit sie in der Revisionsverhandlung verlesen würde. In dieser vom Vorsitzenden verlesenen Urkunde gibt Ebert erschöpfende Auskunft über sein Verhalten während des Munitionsarbeiterstreiks. Er habe während des ganzen Krieges auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden und innerhalb der Sozialdemokratischen Partei stets in diesem Sinne gehandelt. Daraus ergebe sich von selbst sein Verhalten während des Munitionsarbeiterstreiks.

Er sei ein grundsätzlicher Gegner des Streiks gewesen und habe mit seinem ganzen Wollen und mit seinem ganzen Einfluß gegen ihn gewirkt, obwohl er einzelne Forderungen der Streikenden für berechtigt gehalten habe. Er sei immer dafür eingetreten, daß berechtigte Forderungen der Arbeiter auf dem Wege der Verhandlungen und des Schlichtungsverfahrens erledigt werden sollten, und habe an dem Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes, in dem das alles genau festgelegt sei, in hervorragender Weise mitgearbeitet.

Wenn er trotzdem, und zwar auf Drängen besonnener Parteimitglieder aus den verschiedensten Betrieben, während des Munitionsarbeiterstreiks in die Streikleitung eingetreten sei, so habe er das gerade im Interesse der Landesverteidigung getan, denn es sei dringend notwendig gewesen, den radikalen Elementen der Streikleitung das Heft aus der Hand zu nehmen. Die Unterstellung, daß er dem Deutschen Reiche Schaden zufügen wollte, weise er mit Entrüstung zurück. Er habe, um einen Weg zur raschen Beilegung des Streiks zu finden, mit hohen Regierungsstellen, so vor allem mit dem damaligen Staatssekretär Wallraf und mit dem Vizekanzler Payer, dauernd verhandelt und nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er entschiedener Gegner des Streiks sei. In diesem Sinne habe er auch in der vielerwähnten

Rede im Treptower Park

gehandelt. Man habe die Versammlung im Freien abhalten müssen, weil das Oberkommando in den Marken jede geordnete Versammlungstätigkeit unterbunden hatte. Er habe in jener Rede die Arbeiter immer wieder auf ihre Pflicht hingewiesen, der Front Waffen zu liefern, und wenn er sich auch auf Einzelheiten nicht besinnen könne, so sei es doch nach seiner ganzen früheren Einstellung völlig unmöglich, daß er zum Verharren im Streik aufgefordert habe. An dem Flugblatt, das am 30. Januar 1918 herausgegeben und in dem die Fortsetzung des Streiks proklamiert wurde, könne er schon deshalb nicht mitgearbeitet haben, weil er zu der Zeit, als es in einer Küche in Treptow beschlossen und aufgesetzt worden sein soll, eine vielstündige Sitzung des Parteivorstandes an ganz anderer Stelle geleitet habe. Auf die Frage des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Doßmann, ob es in der Absicht des Reichspräsidenten gelegen habe, den von Dr. Döhle überreichten Entwurf der Aussage durch seinen Eid zu bekräftigen, antwortet der Zeuge mit Ja. Es wird nun

General Gröner

als Zeuge gehört. Er betont, daß Ebert, mit dem er vielfach zusammengearbeitet habe, sich immer auf den Boden der Landesverteidigung gestellt habe, auch beim Rückgang des Heeres. Ebert sei der feste Punkt in Berlin gewesen und habe durchzusetzen versucht, was die Oberste Heeresleitung von ihm verlangt habe. Er habe Ebert gründlich kennengelernt, und er wisse, daß der verstorbene Reichspräsident nie etwas getan habe, was den Munitionsarbeiterstreik hätte verschärfen können — im Gegenteil: er habe ihn abzuschwächen gesucht. Nachdem dann der schon früher veröffentlichte Brief Hindenburgs an Ebert verlesen worden war, wurde der

Reichstagsabgeordnete Dr. David

vernommen. Auch er bestätigte, daß Ebert als Abgeordneter sich von Anfang an auf den Boden der Landesverteidigung gestellt habe und eine Schädigung der Landesverteidigung unter keinen Umständen zugelassen hätte.

Vor der Entscheidung im Eisenbahnerstreik.

Beratung der Organisationen.

Die vertragschließenden Organisationen der Eisenbahner sind am Mittwoch zusammengetreten, um zu der Streiklage endgültig Stellung zu nehmen. Es sollen auch Vorbesprechungen der Arbeitervertreter über die vom Reichsarbeitsministerium für Donnerstag einberufenen Schlichtungsverhandlungen stattfinden.

Die Streikbewegung im Reich hat eine leichte Zunahme dadurch erfahren, daß die Eisenbahner der Bahndienststelle in Hof (Direktionsbezirk Nürnberg) die Arbeit niedergelegt haben. Die Gesamtzahl der Streikenden hat sich demnach auf 7709, d. h. 1,8 % der gesamten deutschen Eisenbahnarbeiter erhöht. Der Streik auf den Stationen Görlitz, Schlauroth und Kohlfurt ist im Abflauen begriffen.

Zu der Frage der Arbeiterlöhne bei der Reichsbahn und in der Privatindustrie teilt die Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft u. a. mit, daß im Wirtschaftsgebiet des Ostens, Mitteldeutschlands und einzelner Teile des Westens zurzeit die Eisenbahnerlöhne noch über den Löhnen der vergleichbaren Industriearbeiter liegen. Demgegenüber sei die Zahl der Punkte, an denen die deutsche Reichsbahn lohnwirtschaftlich unter der Privatindustrie liege, verhältnismäßig gering; darunter befinde sich auch Berlin. An den lohnschwachen Punkten zu helfen, habe sich die Deutsche Reichsbahngesellschaft bei den bisherigen Verhandlungen immer wieder erboten.

Deutscher Reichstag.

(34. Sitzung.) CB. Berlin, 11. März.

Der Gesetzentwurf des Abg. Best (Deutschnat.) über die Aufwertung alter Geldschulden wurde dem Aufwertungsausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung stand dann ein Antrag der Demokraten, der Sozialdemokraten und des Zentrums über die Vorbereitungen zur

Wahl des Reichspräsidenten,

wobei u. a. ein amtlicher Stimmzettel gefordert wird.

Abg. Schultz-Bromberg (Deutschnat.) beantragte Überweisung an den Rechtsausschuß.

Abg. Kube (Nationalsoz.) sprach bei großer Unruhe der Mittelparteien ironisch von der glorreichen Weimarer Verfassung, die von ihren geistigen Vätern dauernd durchlöchert werde.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärte sich mit der Überweisung an den Rechtsausschuß einverstanden und forderte, daß das Gesetz morgen endgültig verabschiedet werde. Der Gesetzentwurf wurde in 1. und 2. Beratung erledigt und dann dem Rechtsausschuß überwiesen. Dann wurde die 2. Beratung des

Haushalts des Reichsjustizministeriums

fortgesetzt.

Abg. Schulte-Breslau (Zentrum) legte gegen die einseitigen Ausführungen des Berichterstatters schärfste Verwahrung ein. Der Abg. Dr. Korsch habe am allerwenigsten die Legitimation zu einer Kritik an dem gesamten deutschen Richterstande. Der Redner begrüßte weiter den Entwurf eines allgemeinen Strafrechts. Vor allem müßten aber die Ehescheidungen noch mehr erschwert werden im Interesse der Existenz und Erhaltung der Volkskraft.

Abg. Dr. Kahl (Deutsche Volkp.) forderte, daß vor allem die erschütterte Autorität des Rechtes im Volke wieder hergestellt wird. Er nehme keinen Mißgriff der Rechtsprechung in Schutz, aber gegen die einseitige Kritik und politische Ausschlachtung müsse er sich wenden. In der Amnestiefrage sei größte Zurückhaltung notwendig. Er benestiefrage sei größte Zurückhaltung notwendig. Er begrüßte weiter die Strafrechtsreform. In der Ehescheidungsfrage müsse der klaffende Riß zwischen Recht und Leben beseitigt werden.

Reichsjustizminister Dr. Frenken

wandte sich gegen Teilreformen des Strafrechts. Die Neueinrichtung müßte sich erst einleben, um Erfahrung für eine große Reform sammeln zu können. Der Minister erklärte weiter, daß ein Inhaftierter unverzüglich dem Richter vorgeführt werden müsse. Man müsse der Polizei, die vor einem schweren Verbrechen stehe, jedoch eine gewisse Zeit lassen. Wenn Festgenommene drei Wochen festgehalten oder durch folterartige Maßnahmen zu einem Geständnis gebracht worden sein, so verurteile er alle diese Maßnahmen. Der Minister nahm weiter den Staatsgerichtshof in Schutz, der zwar nach politischen Gesichtspunkten zusammengesetzt sei, aber seine Urteilssprüche nach bestem Gewissen fälle. Die Hinausweisung eines Verteidigers durch den Vorsitzenden im Tschekaprozeß stehe wohl vereinzelt da. Der Vorsitzende habe aber die Pflicht, die Ordnung aufrechtzuerhalten, und das Recht, wenn sich Hemmungen einstellten, auch zum schärfsten Mittel zu greifen und zur Ausweisung zu schreiten. (Hört, hört! links.) Der Vorsitzende habe dieses Recht nicht bloß gegenüber den Verteidigern, sondern gegen jeden, der ihn daran hindert, die Verhandlungen zu leiten und zu Ende zu führen. (Lärm links.) Die Bestrebungen zur Erleichterung der Ehescheidung könnten nicht gefördert werden. (Hört, hört! links.) Der Minister erklärte sich bereit, alle vorgebrachten Wünsche zu prüfen.

Abg. Dr. Korsch (Komm.) warf den Justizorganen vor, daß sie sich zu gut auf irdische Angelegenheiten verstünden und die geistigen vernachlässigten.

Am Schluß der heutigen Sitzung wurde ein Antrag angenommen, in dem die Landesregierungen aufgefordert werden, darüber zu wachen, daß während der Reichspräsidentenwahl überall die Wahlfreiheit gewährleistet wird. Der Reichstag vertagte sich darauf auf Donnerstag, 12. März.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Vereidigung des stellvertretenden Reichspräsidenten.

Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Reichsgerichtspräsident Dr. Simons, ist in Berlin eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Reichskanzler Dr. Luther und den Staatssekretären Meißner und Kempner empfangen. Die durch die Reichsverfassung vorgeschriebene Vereidigung des Stellvertreters des Reichspräsidenten vor dem Reichstage findet Donnerstag, 12 Uhr, in einer besonderen Sitzung statt.

Ein neuer Aufwertungsgesetzentwurf.

Im Reichstag ist von den Abgeordneten Dr. Best und Dr. Steiniger (Dtn.) ein Gesetzentwurf über die Aufwertung alter Goldschulden eingegangen, der auf den bekannten Best schen Aufwertungsforderungen aufgebaut ist. Danach ist ein Anspruch, der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründet worden ist und die Zahlung einer bestimmten in Reichswährung ausgedrückten Geldsumme zum Gegenstand hat, die durch den Währungsausfall entwertet wurde, in dem Betrage von gesetzlichen Zahlungsmitteln zu erfüllen, der durch Treu und Glauben zur Zeit der Zahlung bedingt wird.

Die Grundschuldebatte beendet.

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde die Grundschuldebatte zum Abschluß gebracht. Angenommen wurde ein vereinigter Antrag der

---

Versiegelte Lippen.

Roman von A. M. Alten.

53. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Aber sehr beunruhigt schien sie nicht zu sein, denn sie kramte mit Seelenruhe ihren besten Staat zu der Fahrt im „Kürbis" und den Besuch in Hasselrode hervor.

Unterdes stand Klaus vor Marie-Luise. Sie war sehr blaß, und ihre Hände zitterten leise.

„Marie-Luise, Mutter will nach Hasselrode zu Baron Boysen fahren," sagte er.

„Tante Ewald?"

„Ja, Marie-Luise, es ist wohl das Richtigste. Wenn du nicht selber —"

„Nein, nein," rief sie erschrocken. „Ich nicht, Klaus."

„Es ist auch besser so. Klarheit muß werden jetzt. Der Brief erklärt viel — mehr als du dir denken kannst, Marie-Luise. — Und das Geheimnis, von dem er spricht, ist dasselbe, von dem ich dir damals sprach, weißt du noch?"

Sie nickte.

„Ich habe schon daran gedacht, Klaus."

„Ich darf nun nicht mehr schweigen," sagte er. „Freilich, auch wenn dies nicht gekommen wäre, ich wäre doch heute nach Hasselrode zum alten Baron gegangen. Dies hätte ich nicht mehr länger ertragen, Marie-Luise, und doch wäre es vielleicht zu spät gewesen. Wäre es das, Marie-Luise? Ich darf daran garnicht denken."

Sie schüttelte heftig verneinend den Kopf.

„Nie, nie," flüsterte sie.

Da leuchteten seine Augen auf.

„Wirklich nicht?"

Sie sah ihn mit einem tiefen zärtlichen Blick an.

„Nein, Klaus, du kannst es mir glauben."

Er mußte sich bezwingen, um nicht vor ihr niederzuknien, sie in seine Arme zu nehmen, zu küssen, sie nicht mehr von sich zu lassen.

„Ich muß mit nach Hasselrode, Marie-Luise," sagte er. „Am Abend sind wir zurück."

Sie spürte einen heißen, langen Kuß auf ihrer Hand, dann war er hinaus. Und sie sah ihn eilig die Straße entlanggehen, beinahe laufen. Sie sah auch ein wenig später die plumpe Kalesche die Landstraße entlangrumpeln und schaute ihr nach, bis sie in einer Staubwolke verschwunden war.

Der alte Baron Boysen küßte galant die Hand der Frau Pfarrer Ewald.

„Sie wollten etwas Wichtiges mit mir besprechen, verehrte Frau Pastor?" sagte er höflich fragend.

„Ja, sagte Frau Pfarrer Ewald resolut, wenn auch mit einem heimlichen Zittern in der Stimme. „Und daß es keine Kleinigkeit ist, das können Sie sich vielleicht denken."

Der alte Herr lächelte höflich, aber noch immer ein wenig erstaunt. Und mit einigem Befremden nahm er aus Frau Ewalds Hand den Brief und sah verständlos auf die seltsame Adresse.

„Ein Brief an Fräulein von Magnussen. Und was soll ich damit?"

„Ihn lesen," sagte Frau Pfarrer Ewald kurz. „Er geht Sie auch an."

Baron Boysen las, dann ließ er den Brief sinken.

„Ich begreife nicht recht," sagte er mit einem Ton höchsten Befremdens.

„Vielleicht lesen Sie ihn noch einmal, Herr Baron. Ich begreife ihn freilich auch nicht, aber Sie müßten's doch eigentlich. Der Briefschreiber oder die Briefschreiberin behauptet es wenigstens."

„Wer ist E. B.?" fragte Baron Boysen, „und was soll — —"

Plötzlich verwandelte sich sein Gesicht.

„Aber das ist ja, — das geht ja wohl meinen Neffen an."

Frau Ewald nickte.

„Allerdings."

Die Augen des alten Herrn blitzten.

„Und wenn es nicht indiskret ist — Sie wissen doch wahrscheinlich, was das heißen soll?"

Er schlug mit der Hand auf das Blatt und las, jedes Wort betonend: „Seine schönen Worte sind Lügen —"

„Leicht zu erklären", sagte die alte Dame, „und da Geheimnistuerei hier doch wohl sehr unangebracht wäre, ist's am besten, man sagt es frei heraus. Ihr Neffe hat Marie-Luise einen Heiratsantrag gemacht. Was das andere heißen soll, weiß ich freilich nicht. Das geht ja auch nur Sie an."

Das Gesicht des alten Herrn war ernst geworden. Seine Lippen preßten sich fest aufeinander und er atmete kurz und heftig.

„Also doch, ich ahnte es."

Er saß eine Weile still da. Dann ergriff er die Hand der alten Dame.

„Ich habe Ihnen zu danken, Frau Pastor", sagte er gemessen. „Ich werde das Nötige veranlassen."

Er sah so finster aus, daß Frau Ewald erschrak. Aber sie war ja noch nicht zu Ende' Der schwerere Teil kam noch.

„Das arme Kind!" sagte der alte Herr. „Aber diese ganze Sache ist ja unerhört. Leider kann ich Ihnen den Zusammenhang auch nicht so erzählen, wie ich es wohl möchte."

Frau Ewald lächelte.

„Geheimnisse über Geheimnisse! — Aber die Sache ist damit noch nicht abgetan, Herr Baron. Und jetzt müssen Sie mich schon ein bißchen anhören. Denn dies Geheimnis hat mir nun schon soviel Kummer gemacht, über ein halbes Jahr lang, daß ich wenigstens einen Zipfel davon lüften möchte."

„Ihnen, Frau Pfarrer?"

Der Baron beugte sich befremdet vor.

„Ja, mir. Denn sehen Sie, meinen Klaus geht es auch irgendwie an. Wie, weiß ich freilich gar nicht, kann mir's auch nicht einmal im entferntesten denken, denn der Junge ist so verschlossen, wie — nun gerade, wie es sein seliger Vater mit seinen sogenannten Amtsgeheimnissen war."

Die Miene des alten Herrn veränderte sich plötzlich. Gespannt und scharf sah er auf die alte Dame.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschnationalen, der Volkspartei und des Zentrums, der einen Gesetzentwurf über die Dauer der Grundschule enthält. Im wesentlichen wird bestimmt, daß besonders leistungsfähige Schüler bereits nach drei Jahren zur Sexta übergehen können. Die neue Regelung wird Ostern 1925 bereits in Mecklenburg, Württemberg, Baden und Bayern eingeführt. Die übrigen Länder werden sich am 19. März in einer Konferenz schlüssig werden.

Auflösung des Völkischen Blocks in Bayern.

Die Dachorganisation der Völkischen in Bayern, der Völkische Block, hat sich aufgelöst, da die Mehrzahl der ihm angeschlossenen Verbände zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei Hitlers übergetreten ist. Von den übrigen Ortsgruppen wurde die Nationalsozialistische Völkische Arbeitsgemeinschaft gegründet, die die von Ludendorff bisher geleitete Bewegung weiterführen und in seinem Sinne weiterarbeiten soll.

Deutschland und der Völkerbund.

Der Völkerbundrat, der gegenwärtig in Genf tagt, einigte sich in einer geheimen Sitzung darüber, daß Deutschland im Völkerbund und Völkerbundrat willkommen sei, doch dürfe es keine besondere Behandlung fordern. Die angeblichen Abrüstungsverfehlungen sollen auf kürzestem Wege aus der Welt geschafft werden. Alle gestellten Bedingungen Deutschlands für seinen Eintritt müßten durch die militärische Kommission geleitet werden, deren Pflicht es sei, zu entscheiden, ob die militärischen Verpflichtungen erfüllt seien.

Bergarbeiter und Ruhrentschädigungen.

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter war an die Reichsregierung mit der Forderung herangetreten, den Bergarbeitern für die Zeit des Ruhrkampfes eine entsprechende Entschädigung zu gewähren, wie sie auch die Ruhrindustriellen erhalten hätten. Der Gewerkverein ist jetzt vom Reichsarbeitsministerium aufgefordert worden, Vertreter nach Berlin zu einer Besprechung am 12. März zu entsenden.

Rußland.

× **Sowjetrußland ermäßigt die landwirtschaftlichen Steuern.** In der letzten Sitzung des Zentralexekutivkomitees des Sowjetbundes wurde beschlossen, ein festes Budget für das Jahr 1925/26 auszuarbeiten mit dem Ziel der Steuerherabsetzung besonders für die Landwirtschaft. Die Sowjetregierung hat sich damit einverstanden erklärt, die einmalige Landwirtschaftssteuer um 30 Prozent zu ermäßigen.

Nordamerika.

× **Eine Niederlage Coolidges.** Der Senat lehnte die Ernennung Warrens zum Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten mit 40 gegen 40 Stimmen ab, was eine sehr schwere Niederlage für Coolidge bedeutet, wie sie in der amerikanischen Parlamentsgeschichte bisher nur selten vorgekommen ist. Der Vizepräsident Dawes hätte als Präsident des Senats den Anschlag auf Coolidge verhindern können, war jedoch abwesend und konnte auch nicht mehr rechtzeitig im Senat eintreffen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Für die Begräbniskosten des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ist vom Reichstag ein Kredit von einer Million Mark bewilligt worden, der jedoch nur zum Teil verbraucht worden sein soll.

Berlin. Der deutschnationale Abg. Bruhn, der Herausgeber der Wahrheit, hat gegen den sozialdemokratischen Vorwärts Klage wegen Verleumdung angestrengt, da der Vorwärts behauptet hat, daß Bruhn sich bei der Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung von Artikeln durch Insertionsgeschäfte habe beeinflussen lassen.

Leipzig. Der Oberreichsanwalt hat den Antrag des Rechtsanwalts Bloch, das gegen den Fabrikanten Küchenmeister aus Freiburg wegen Beihilfe zum Rathenau-Mord schwebende Verfahren einzustellen, abgelehnt.

München. Der Bayerische Landtag nahm einstimmig einen Antrag an, der sich entschieden gegen die beabsichtigte Erhöhung der Biersteuer ausspricht. Der Regierungsvertreter hat die Versicherung gegeben, daß die bayerische Regierung sich mit vollem Nachdruck gegen die geplante Biersteuererhöhung wenden wolle.

Saarbrücken. Eine saarländische Wirtschaftsdelegation, bestehend aus Vertretern der Industrie, des Handels und der Gewerkschaften, ist nach Paris gereist, um an den deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage teilzunehmen.

Luxemburg. Die bisherige Opposition ist beauftragt worden, das Kabinett zu bilden. Dieses wird vor allem die Aufgabe haben, die Eisenbahnfrage mit Belgien zu regeln.

Paris. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden am 16. März in Paris wieder aufgenommen. Ein Teil der deutschen Delegation ist bereits dorthin abgereist. Ministerialdirektor Posse wird zunächst Staatssekretär Trendelenburg vertreten, der sich auf Empfehlung des Arztes einer Kur unterziehen muß.

Konstantinopel. Im Verlauf eines scharfen Kampfes machten die Aufständischen den entschlossenen Versuch, Diarbekir zu nehmen, wurden aber nach einer aus türkischer Quelle stammenden Meldung nach zwölfstündigem Gefecht zurückgeschlagen. Die Hauptmacht der Angreifer wird auf 5000 Mann geschätzt.

Vermischte Tagesnachrichten aus aller Welt

Gutachten zum Kriegsausgang.

Berlin, 11. März. Das Gutachten über den militärischen Zusammenbruch 1918 wird von dem vom Reichstag zur Untersuchung hierfür eingesetzten Ausschuß Anfang April veröffentlicht werden.

Geßler über die Reichswehr.

Berlin, 11. März. Reichswehrminister Dr. Geßler legte im Haushaltsausschuß des Reichstages die Grundsätze dar, nach denen das Reichswehrministerium in seinen Maßnahmen verfahre. Die Reichswehr müsse überparteilich aufgebaut sein. Diese Linie sei eingehalten worden, solange er Wehrminister sei. Mit größter Strenge werde darauf geachtet, daß die Militärmusik bei keinerlei politischen Veranstaltungen spiele. Das Heer sei zum Pflichtbegriff erzogen, das andere müsse die Entwicklung und die Zeit bringen. Der Ausschuß vertagte die Weiterberatung.

Völkerbund und Militärkontrolle.

Paris, 11. März. Der Genfer Privatkorrespondent des „Echo de Paris" will aus guter Quelle erfahren haben, daß die Meinungsverschiedenheiten der militärischen und der juristischen Sachverständigen bezüglich der Militärkontrolle schon jetzt behoben und eine Formel gefunden sei, die einstimmig angenommen worden sei und dem Völkerbundrat zur Billigung vorgelegt werden würde.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 13. März.

Sonnenaufgang	6^{22}	Mondaufgang	9^{29} N.
Sonnenuntergang	5^{58}	Monduntergang	7^{49} V.

1781 Der Architekt Schinkel in Neu-Ruppin geb. — 1781 Herschel entdeckt den Uranus. — 1821 Der Techniker und Erfinder der Hartgußgranaten, Hermann Gruson, in Magdeburg geb.

□ **Einlösung der Schatzanweisungen.** Die am 1. April dieses Jahres fälligen Abschnitte der vom Reichsentschädigungsamt herausgegebenen „E"-Schatzanweisungen können gemäß einer besonderen Vereinbarung der Giroorganisation mit dem Reichsfinanzministerium zur Einlösung bei der Girozentrale eingereicht werden.

□ **Geltung der Bahnsteig- und Fahrkarten.** Die Bahnsteigkarte berechtigt nur zum Betreten der Bahnsteige. Wer damit in einem abfahrtbereiten Zuge angetroffen wird oder in ihm einen Platz belegt, ohne die Absicht zu haben, mitzureisen, ist strafbar und kann zur Zahlung von 3 Mark herangezogen werden. Wer ohne gültige Fahrkarte betroffen wird, hat das Doppelte des Fahrpreises für die durchfahrene Strecke, und wenn die Zugangsstation nicht zweifellos festgestellt werden kann, für die ganze vom Zuge zurückgelegte Strecke, mindestens aber 3 Mark, zu zahlen. Wer unaufgefordert den Zugbeamten meldet, daß er keine Fahrkarte habe lösen können, zahlt einen geringen Zuschlag zum tarifmäßigen Fahrpreise.

* Der Kath. Kirchenchor hält am Freitag, den 13. d. Mts., abends ½8 Uhr die Probe für Sopran und Alt im Pfarrhaus ab.

* Selbsthilfe, Krankenversicherung für den Mittelstand a. G. in Breslau. Die a. o. Hauptversammlung, die am 17. Februar in Breslau stattfand, beschloß verschiedene Satzungsänderungen, die insbesondere das Wahlrecht der Versicherten zur Hauptversammlung betrafen. Der Geschäftsgang ist andauernd gut, die Nachfrage nach Krankenversicherung ist außerordentlich stark. Der Schadenverlauf hält sich in angemessenen Grenzen. Der Aufsichtsrat wurde neugewählt. Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. von Thaer.

Schreiberhau. Ein erfreulicher Fortschritt in der Entwicklung der Josephinenhütte hat sich in aller Stille vollzogen. Der zweite neuerbaute Ofen ist in Betrieb genommen worden. Der bisherige, seit mehr als achtzig Jahren in Betrieb befindliche Ofen genügte den wachsenden Anforderungen der Hütte längst nicht mehr. Jetzt aber wird es möglich, einfache, edle Gebrauchs- und Ziergläser die ausschließlich Glasmacherarbeit sind, herzustellen. Die Errichtung einer neuen Schleiferei und einer vorbildlichen Aetzerei beginnen demnächst.

Schmiedeberg. Das seit einer langen Reihe von Jahren von dem Eigentümer Hetzelt betriebene Hotel „Zum goldenen Stern" ging pachtweise auf den Schwiegersohn über.

Flinsberg. Die Villa Gertrud, Besitzer Stellmachermeister Söhnel, ging in den Besitz von Frl. Jangohr aus Dresden für 25 000 Mk. über.

Ebersbach i. Sa. Auf einer Radtour verunglückte in der Dunkelheit im Ortsteil Sprewald ein Radfahrer. Er wollte dort einem ihm folgenden Auto ausweichen, wurde aber vom Auto am Hinterrad erfaßt, auf das Auto und von da auf die Straße geschleudert. Die Autoinsassen bemühten sich sofort um den Verunglückten, der besinnungslos war und brachten in seine Wohnung, wo er bald wieder zu sich kam. Der Autobesitzer entschädigte dem Verunglückten sein vollständig demoliertes Rad.

Rabishau. Der beschleunigte Personenzug, der Dienstag 4 Uhr Rabishau durchfährt, hatte eine Verspätung von 70 Minuten, weil die elektrische Maschine einen Defekt erlitten und mußte durch eine Maschine aus Hirschberg ersetzt werden. — Zu gleicher Zeit entgleiste eine Maschine, die einem Güterzuge vorgesetzt werden sollte, dadurch, daß der Führer infolge des starken Schneetreibens mit etwas zu großer Geschwindigkeit auf die erste Maschine auffuhr. Es ist dadurch Materialschaden entstanden.

Rabishau. Sonnabend nachmittag brannte die dem Gartenbesitzer Hoffmann in Mühldorf gehörige Scheune vollständig nieder. Der Schaden ist beträchtlich, da dem Besitzer sämtliche Futtervorräte verbrannt sind und er niedrig versichert ist.

Liebau. Der Männerturnverein hat vom Gärtneribesitzer Metzner die massive Scheune an der Baderstraße käuflich erworben und wird zu einer Turnhalle hergerichtet werden. Ein dicht neben der Turnhalle gelegener freier Platz kann als Spielplatz benutzt werden.

Löwenberg. (Städtisches.) Im Februar wurden 54 Erwerbslose mit 120 Familienangehörigen unterstützt. An diese wurden ausgegeben: 624 Brote 78 Ztr. Kartoffeln, 121 Pfd. Margarine, 1 Ztr. Erbsen, 106 Pfd. Grieß und 1 Ztr. Reiß für die Haushalte; aus den Wohlfahrtsküchen wurden erwerbslosen Familien 1180 Portionen Essen verabreicht. — Der Ausbau der Anlagen am Jordanteich erfolgt demnächst; die Kosten betragen 3000 Mk. — Zur Förderung der Wohnungsbauten wird ein Zwischenkredit von 50 000 Mk. aufgenommen. Diejenigen, die Wohnungen der Stadt zur Verfügung stellen, erhalten für jede Wohnung 1000 Mk. Kredit zu 8 %. Auswärtige, die der Stadt keine Wohnungen zur Verfügung stellen, sollen Kredit zu dem Prozentsatz erhalten, den die Stadt selbst zahlen muß. — Die Pflasterung der südlichen Marktseite wird zum Preise von 65 000 Mk. erfolgen. — Das alte Zeughaus wurde für 1500 Mk. an die Ortskrankenkasse verkauft, welche an dessen Stele ein Verwaltungsgebäude errichten will. — In das Seminargebäude soll das Gymnasium und die kath. Schule gelegt werden. Umbaukosten: 28 000 Mk. — Das alte Gymnasium soll dem Finanzamt angeboten werden.

Liegnitz. Der Magistrat beabsichtigt, eine Schulzahnklinik einzurichten und einen hauptamtlichen Zahnarzt und eine Schwester anzustellen. Sämtliche Schüler und Schülerinnen werden in dieser Klinik untersucht und zahnärztlich behandelt.

Waldenburg. (Wieviel Todesopfer fordert der Bergbau?) Wie außerordentlich gefährlich der Beruf des Bergmanns ist, ist den meisten Menschen nicht zum Bewußtsein gekommen. Obgleich sich 1923 im hiesigen Bergbaurevier kein größeres Bergunglück ereignet hat, haben in diesem Jahre doch 284 Bergknappen ihr Leben lassen müssen. Im Jahre 1924 dürfte ungefähr die gleiche Zahl erreicht sein, und auch in den beiden vergangenen Monaten dieses Jahres hat die Grube bereits wieder eine ganz beträchtliche Zahl von Menschenleben gefordert.

Charlottenbrunn. Nachdem wegen der Nöte der letzten Jahre von Verbesserungen der Kureinrichtungen abgesehen werden mußte, soll das Versäumte nachgeholt werden. Die Gemeindevertretung hat 100 000 Mk. für Bauarbeiten bereitgestellt.

Glogau. In ziemlich bedeutender Erdtiefe wurde hier bei Erdarbeiten am Schützenhause eine eigenartige Urne ausgegraben, die aus der Zeit der Völkerwanderung stammt. Sie ist etwa 14 Zentimeter hoch und breit und gehört neben zwei gleichartigen Urnen aus Weidenhof bei Breslau, einer Fibel, einer Goldmünze Valentinians III. und einem 780 Gramm schweren Goldring aus Rausern bei Breslau zu den bisher bekannten Funden aus der Zeit, da die Vandalen ihre schlesischen Wohnsitze aufgaben und nach Westen abwanderten. Das Charakteristische dieser Gefäße, zu deren Herstellung offenbar schon die Drehscheibe benutzt wurde, ist das eigentümliche Dekor, das die Art und Weise römischer Motive nachahmt.

Aus Böhmen.

Reichenberg. Ein Todesfall bringt ein Stückchen alte nordböhmische Geschichte in Erinnerung. Eine volkstümliche Figur, der 60jährige Frächter Wilhelm Gernert aus Nieder-Rochlitz ist diese Woche gestorben. Eine Frächterfamilie starb mit ihm aus, ein Stück nordböhmische Geschichte geht mit ihm dahin. Denn was in der Familie Gernert Tradition, das gehörte schon einer vergangenen Zeit an, paßte schon längst nicht mehr in die Zeit der Eisenbahnen, Postautos oder gar der Flugzeuge. Ein Leben auf der Straße, auf der Walze war es, das der Verstorbene durch vierzig Jahre führte. In guten und bösen Tagen, im Sommer und Winter, bei Sonnenglut und Schneesturm war Gernert mit seinen Gäulen auf der Straße. Wie seine Vorfahren, so vermittelte auch er trotz Post und Bahn den Frachtenverkehr zwischen der deutsch-böhmischen Metropole Reichenberg und den Riesengebirgsorten. In den großen Frachtwagen lud er verschiedene Waren für die Kaufleute, besorgte diesen das dem anderen jenes, brachte den in Reichenberg Studierenden nebst väterlichen und mütterlichen Wünschen die Wäsche, Eß- oder Geldkistel und wurde auch heute noch, wie vor vierzig Jahren, gern erwartet. Jede Fahrt dauerte drei Tage. Und die ganze Woche fuhr Gernert und nur der Sonntag gehörte ihm und den Seinen. Seine Vorfahren besorgeten aber nicht nur den Verkehr mit Reichenberg, sondern sie gehörten auch zu den ständigen nordböhmnischen Frächtern, welche ehedem den Verkehr mit Wien und Triest herstellten. Das von jeher gewerbefleißige Nordböhmen, zu dem ja auch die heutige Lausitz und teilweise die alten Sechsstätte gehörte, unterhielt, ehe das Dampfroß erfunden wurde, einen genau geregelten, emsigen Frachtenverkehr mit Prag—Wien und Triest. Galt es doch, die reichen Erzeugnisse Nordböhmens, Stoffe, namentlich die berühmten Reichenberger Tuche, die bekannten Warnsdorfer Hosenzeuge, die Rumburger und Schluckenauer Leinwand, Glaswaren usw. zu exportieren und andere Artikel, nicht zuletzt Kolonialwaren und andere Lebensmittel, Lederwaren u. a. einzuführen. Natürlich besorgten die Frächter auch die Post. Aber nicht nur von Nordböhmen, vielmehr bis von Dresden und Meißen her kamen die Frachtwagen, die für Wien bestimmt waren und fuhren auf der seit ältesten Zeiten bekannten Straße Meißen — Schluckenau — Rumburg — Schöberpaß — Gabel — Prag. Ein tüchtiger Frächter war ein vielumworbener Mann, der sein schweres Stück Geld verdiente, nicht nur durch die genau festgesetzte Fracht, sondern auch aus hunderterlei Gefälligkeiten heraus. Eine Fahrt Nordböhmen—Wien dauerte, je nach der Route und den Aufenthalten, acht bis vierzehn Tage für eine Tour.

Winter-Sport.

* Die Rodelmeisterschaft für Schlesien, die wegen Schneemangels bisher verschoben werden mußte, wird nunmehr voraussichtlich am Sonnabend und Sonntag auf der Peterbaudenbahn ausgetragen.

* Für den 50-Kilometerlauf, der am kommenden Sonntag zum 5.male in Schreiberhau ausgetragen wird, liegen zahlreiche Nennungen vor. Der Start befindet sich auf der Neuen Schlesischen Baude. Die Laufstrecke führt über Steindelberg, Jakobstal in das Gebiet des Heufuder, von dort über Groß-Iser und Karlstal nach Schreiberhau, wo im Hotel „Schenkenstein", in dem sich auch die Rennleitung befindet, das Ziel ist. Die Laufstrecke ist von fünf Verpflegungsstationen unterbrochen, deren größte in den Kammhäusern bei Flinsberg liegt.

* Die neue Bobbahn in Krummhübel kann jetzt, nachdem genügend Schnee gefallen ist, eingeweiht werden. Am Donnerstag vormittag begannen die Uebungsfahrten und Freitag werden die Eröffnungs- und Einweihungsrennen veranstaltet: vormittags 10 Uhr Vorlauf, nachm. 3 Uhr zwei Hauptläufe. Es folgt das Rennen um den Baeumer-Wanderpreis am Sonnabend und die Austragung der Schlesischen Gaumeisterschaft im Zweierbob und Hauptrennen im Fünferbob am Sonntag.

* Ein Springen auf der Zackelfallschanze in Schreiberhau findet am Sonnabend nachmittag statt. Die Schneefälle der letzten Tage haben die Sprunglage in den besten Zustand versetzt.

Nah und Fern.

○ **Verzweiflungstat eines alten Mannes.** Der in der chemischen Fabrik von Heyden in Radebeul bei Dresden beschäftigte Chemiker Hugo May gab plötzlich auf seine in der Mitte der 30er Jahre stehende Tochter einen Schuß ab und richtete hierauf die Waffe gegen sich selbst. Er fügte sich eine sehr ernste Verletzung zu. Die Tochter konnte in der Wohnung verbleiben. Der 68 Jahre alte Chemiker mußte in die Diakonissenanstalt Dresden übergeführt werden. Sein Zustand ist ernst. Der Tod seiner Frau im vergangenen Jahre und wirtschaftliche Bedrängnis hatten ihn zu dem Entschluß getrieben, die Tochter, die den Haushalt führte, und sich selbst zu töten.

Heinrich Oscar Lenz †. Im Alter von 77 Jahren ist in Baden bei Wien einer der erfolgreichsten deutschen Afrikaforscher, der frühere Professor der Geographie an der deutschen Universität in Prag, Dr. Oscar Lenz, gestorben.

Eine neue Albertina-Dubletten-Auktion. In der letzten Woche des Mai werden bei C.G. Boerner, Leipzig, die Werke von vierzig Hauptmeistern alter Originalgraphik des 15. bis 17. Jahrhunderts aus dem Dublettenbestand der Albertina versteigert. Es sind darunter die bedeutendsten Großmeister alter Kunst, wie Rembrandt, Lukas van Leyden, Hirschvogel, Schongauer, Mecken u. a. in besten Qualitäten und mit Seltenheiten, wie sie nur in diesem einzigartigen Dublettenbestand aus der Zusammenlegung zweier bedeutendster, jahrhundertealter öffentlicher Sammlungen noch vorkommen können. Der Katalog erscheint Mitte April.

○ **Aushebung eines Schwindelunternehmens.** „Preußische Grundstücks-Aktiengesellschaft" nannte sich ein Unternehmen, das im vergangenen Jahre in Berlin gegründet wurde und jetzt mit der Verhaftung seiner drei Direktoren endete. Die Gesellschaft wandte sich an Leute, die Hypotheken auf ihre Grundstücke suchten. Den Bewerbern teilte sie mit, daß sie an Stelle baren Geldes „goldwertgedeckte Schuldatteste der Preußischen Grundstücks-Aktiengesellschaft" gäbe, die an der Börse bereits mit 150 Prozent gehandelt würden. Die Bewerber mußten ihre Provisionen in bar zahlen.

○ **Eine 40köpfige Räuberbande festgenommen.** Lauenburg und das benachbarte Mecklenburg werden seit längerer Zeit von einer Einbrecherbande unsicher gemacht, namentlich hatten die Landbewohner unter fortwährenden Einbrüchen und Diebstählen zu leiden. Jetzt ist es der Polizei in Ratzeburg gelungen, die ganze Diebesgesellschaft aufzuheben. Nachdem zuerst der Führer der Bande, Schöning, verhaftet worden war, führten die weiteren Ermittelungen zur Festnahme von 39 anderen Spießgesellen, die sich an den organisierten Raubzügen beteiligt hatten. Vermutlich kommt auch ein Teil der vielen Brandstiftungen in Mecklenburg auf das Konto der Räuberbande.

○ **Ein Leuchtturm in München.** Auf dem Gelände der deutschen Verkehrsausstellung wird gegenwärtig ein großer Leuchtturm aus Eisenbeton errichtet, der das gesamte Stadtbild hoch überragt und dessen Blinkfeuer eine Streuweite von 100 Kilometer hat. In den Turm werden Läden eingebaut.

○ **Die Schnellbahn Köln—Dortmund.** Der Beschluß des Baues der Schnellbahn Köln—Dortmund soll beschleunigt werden. Es ist ein Ausschuß gebildet worden, der die Unterlagen für die Finanzierung des bedeutende Mittel erfordernden Projektes zusammenstellen wird. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß mit dem Bau bald begonnen werden kann.

○ **Ein Stinnes-Monument.** Die Familie Hugo Stinnes hat den Schöpfer des Hamburger Bismarck-Denkmals, Hugo Lederer, den Bildhauer Professor Peter Behrens (Berlin) und den Dresdener Bildhauer Professor Wrba mit Entwürfen für ein Monument zum Andenken an Hugo Stinnes betraut. Jeder der Künstler erhält für seinen Entwurf 10 000 Mark.

○ **Die Mutter von Hugo Stinnes gestorben.** In Mülheim starb im Alter von 81 Jahren die Mutter des verstorbenen Großindustriellen Hugo Stinnes, Frau Adeline Stinnes-Coupierme, die wegen ihres ausgeprägten Wohltätigkeitssinnes stadtbekannt war.

○ **Ein Ebert-Platz in Köln.** Die Stadtverordneten in Köln beschlossen auf einen sozialdemokratischen Antrag hin, einen Platz oder eine Straße nach dem Namen des verstorbenen Reichspräsidenten zu benennen. Sie bewilligten gegen die Stimmen der Kommunisten 10 000 Mark für die Hinterbliebenen der Opfer der Katastrophe in der Zeche „Minister Stein".

○ **Bahnhofsdiebinnen.** Einem Beamten auf dem Bahnhof Geyer i. Erzgeb. war aus der Fahrkartenkasse ein größerer Geldbetrag gestohlen worden. Als Täterinnen wurden drei jugendliche Mädchen ermittelt, die eine kurze Abwesenheit des Beamten zur Ausübung des Diebstahls benutzt hatten.

⊙ **Das Schiffsunglück bei Hoek.** Es ist gelungen, von der 15 Mann betragenden Besatzung des Schleppbootes „Schelde" 7 Mann zu retten, unter ihnen auch den Kapitän des Schiffes. Die übrigen acht Mann sind dagegen umgekommen.

⊙ **Beduinenüberfall in der Wüste.** Nach Meldungen aus Bagdad überfielen Beduinen ein Automobil, das die Wüste auf dem Wege von Bagdad nach Beirut kreuzte. Die Reisenden waren ein Engländer und der Assistent des französischen Konsuls in Bagdad sowie dessen Frau. Diese erhielt so schwere Verwundungen, daß sie starb. Die britischen Behörden im Irak sandten sofort zehn Panzerwagen und sechs Bomben- sowie zwei Ambulanzflugzeuge nach dem Ort des Überfalls ab. Von den Räubern fehlt jede Spur.

⊙ **Attentat auf einen Wiener Schriftsteller.** Der Schriftsteller und Mitarbeiter des „Tag" Hugo Bettauer wurde in der Redaktion von einem ihn besuchenden Zahntechniker durch fünf Revolverschüsse schwer verletzt. Bettauer wurde in eine Klinik gebracht, wo eine Operation vorgenommen wurde. Der Zustand Bettauers ist lebensgefährlich, da eine Kugel die Leber durchbohrt hat. Der Täter äußerte bei seiner Vernehmung durch die Polizei, er habe das Attentat gegen Bettauer, das er schon seit einigen Wochen geplant habe, unternommen, um die Jugend vor dem verderblichen Einfluß der Schriften Bettauers, der vorzugsweise erotische Themen behandelt, zu schützen.

⊙ **Gewitter in Böhmen.** Ein heftiges Gewitter mit Hagelschlag hat die Lausitz und das angrenzende Böhmen heimgesucht. In mehreren Orten gerieten Häuser durch Blitzschlag in Brand.

⊙ **Zwischenfall anläßlich der Einrichtung von interkonfessionellen Schulen im Elsaß.** Am 16. März wird in Colmar, Mülhausen, Neu-Breisach und einigen anderen elsässischen Ortschaften die interkonfessionelle Schule gemäß der kürzlich vom Ministerpräsidenten Herriot erlassenen Verfügung eingeführt werden. In Colmar ist es aus diesem Anlaß bereits zu einem Zwischenfall gekommen. Ein Gemeindepfarrer forderte die Schulkinder auf, eine schriftliche Erklärung der Eltern mitzubringen, in der diese einen Schulstreik billigen. Zwischen dem Gemeindepfarrer und dem Rektor der Schule ist es daraufhin zu einer sehr lebhaften Auseinandersetzung gekommen.

⊙ **Tanzfeindliche Maßnahmen.** Ein irischer Bischof hat an seinen Sprengel ein Tanzverbot für den Sonnabend erlassen. Schwere Strafen sind den Sündern angedroht, die das Verbot dennoch übertreten sollten. Er will den Betreffenden die Absolution versagen und alle Strafmittel zu Hilfe rufen, die die katholische Kirche dem Priester an die Hand gibt.

⊙ **Schneestürme in Italien.** Aus Oberitalien wird ein starker Temperatursturz gemeldet. An vielen Orten erfolgten Schneefälle. In Venedig wütete ein heftiger Sturm, der von Schneegestöber begleitet war. Viele Fischerboote und Barken kenterten oder wurden auf den Strand geworfen. Soviel bekannt, sind Menschenleben nicht zu beklagen.

⊙ **Trauergottesdienst auf Island.** Auf ganz Island ruhte für einen Tag die Arbeit und es wurden Trauergottesdienste abgehalten zum Zeichen der Trauer um die in dem letzten Sturm verschwundene Fischerflottille mit ihrer Besatzung von 67 Isländern und 6 Engländern, die man jetzt für verunglückt hält. Die Fischerei leidet sehr unter dem unbeständigen Wetter der letzten Wochen.

⊙ **Die Goldsendungen nach Deutschland.** „The Journal of Commerce" meldet, daß mit den ersten Goldverschiffungen nach Deutschland für Rechnung der Neuankäufe bereits in dieser Woche begonnen wird. Es bestätigt sich, daß Deutschland den Ankauf von fünfzig Millionen Dollar Gold durchgesetzt hat.

Bunte Tageschronik

Basel. Auf Einladung des Organisations-Komitees der Internationalen Ausstellung für Binnenschiffahrt und Wasserkraftschutz wird sich Deutschland an der Ausstellung, die im nächsten Jahr in Basel stattfindet, beteiligen.

Genf. Die Königin von Holland wird am Freitag hier eintreffen und inkognito in einem hiesigen Hotel Aufenthalt nehmen.

Rom. Bei Foggia stürzte nach dem „Giornale d'Italia" ein Flugzeug aus großer Höhe ab. Die beiden Insassen wurden getötet.

Rom. Das italienische Eisenbahnministerium hat für alle von den Landesgrenzen führenden Bahnen die Fahrpreise um 60% ermäßigt.

Spiel und Sport.

Sp **Überrundungen im Berliner Sechstagerennen.** In der vorletzten Nacht des Rennens veranstaltete Tonani eine Jagd. Es gelang ihm, vom Felde fortzukommen. Das übrige Feld schloß jedoch auf. Rundenverlust hatten zu verzeichnen die Paare Lorenz-Golle und Stellbrink-Techmer. Verschelden wurde wegen Behinderung van Kempens mit 150 Mark bestraft. Der Stand des Rennens ist danach folgender: Persyn-Verschelden 166, Hahn-Tietz 128, Debaets-Thollembeck 51. Eine Runde zurück: van Kempen-Bauer 172, Oliveri-Tonani 121. Gegen Morgen tritt, vor völlig geleertem Hause, Verschelden an, gewinnt einen außerordentlichen Vorsprung, den Persyn noch vergrößert. Tietz jagt in rasender Fahrt hinterher und ist schon in die nächste Nähe Persyns gekommen. Debaets-Thollembeck geraten in Gefahr, überrundet zu werden, als Tietz in der Kurve stürzt. Das Rennen wird sofort neutralisiert. Das Schiedsgericht tritt zusammen und entscheidet, daß Lorenz-Golle eine Runde verloren haben. Stellbrink-Techmer werden, da sie noch weitere Runden verloren haben, aus dem Rennen genommen. Bauer-van Kempen erhalten eine Strafrunde wegen schlechter Ablösung.

Sp. **Das internationales Automobilrennen in Palermo.** Der italienische Automobilklub und der Automobilklub Sizilien haben die näheren Bestimmungen für das internationale Autorennen am 3. Mai in Palermo festgesetzt. Die Vorbereitungen zum Rennen sind in vollem Gange. Die Fahrer verschiedener Fabriken sind bereits eingetroffen, die der „Mercedes" und „Peugeot" werden im Laufe der Woche erwartet.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Beleidigungsklagen Geisler-Hörsing.** In dem Prozeß des früheren Führers der Vaterländischen Verbände Abg. Geisler gegen den Bundesvorsitzenden des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Hörsing hat nunmehr das Amtsgericht Königswusterhausen das Hauptverfahren eröffnet. Geisler hatte in einer Rede zur Zeit der Entstehung des Reichsbanners behauptet, das Reichsbanner sei ein aus Deutschen gebildetes Freiwilligenheer, das der Entente behilflich sei und freiwillig oder gar bezahlt die Durchführung der Militärkontrolle über Deutschland übernommen habe. Darauf hatte Hörsing öffentlich den Abg. Geisler „einen bewußten Verleumder und Ehrabschneider" genannt, worauf dieser eine Beleidigungsklage anstrengte. Hörsing erwiderte mit einer Gegenklage gegen Geisler.

§ **Prozeß gegen oberschlesische Kommunisten.** In Leipzig begann vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts ein Hochverratsprozeß gegen mehrere oberschlesische Kommunisten. Es haben sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Waffendiebstähle und unbefugten Waffenbesitzes der Geschäftsführer Karl Tehr und sieben Genossen aus Gleiwitz zu verantworten. Im Juli 1924 haben die Angeklagten, angeblich, um die polnische Insurgentengefahr abzuwenden, im Bezirk Gleiwitz militärische Hundertschaften gebildet und mit Waffen ausgerüstet. Die Verhandlungen werden 4 bis 5 Tage dauern, es sind über 40 Zeugen geladen.

§ **Ein englisches Kriegsgerichtsurteil.** Ein britisches Kriegsgericht verurteilte den Kölner Kommunisten Joh. Hehl, bei dem bei einer Haussuchung Waffen und Munition gefunden worden waren, zu 20 Monaten Gefängnis.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 11. März.

★ **Börsenbericht.** Von Börsenbeginn an war die Tendenz ausgesprochen freundlich und späterhin wurde sie womöglich noch fester. Die Anregung zu dieser Neubelebung kam offenbar von der günstigen Lage des Geldmarktes; immerhin kann noch nicht davon die Rede sein, daß das Publikum wieder nennenswertes Interesse an der Börse bezeigt, zunächst handelt es sich in der Hauptsache lediglich um die Spekulation, die nach der Geschäftsstille der letzten Zeit neuen Mut gefaßt hat. Am Markt der inländischen Renten war allerdings von der sonst allgemeinen Belebung des Geschäfts noch kaum etwas zu merken. Tägliches Geld stellte sich auf 8,50—11%, Monatsgeld auf 10,50—13%.

★ **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21, engl. Pfund 20,02—20,07; holl. Gulden 167,64—168,06; Danz. 79,40 bis 79,65; franz. Frank 21,65—21,71; belg. 21,17—21,23; schweiz. 80,80—81,00; Italien 17,21—17,25; schwed. Krone 113,08—113,36; dän. 75,28—75,46; norweg. 64,02 bis 64,18; tschech. 12,45—12,49.

★ **Schlachtviehmarkt.** Auftrieb: Rinder 1575, darunter Bullen 457, Ochsen 381, Kühe und Färsen 737, Kälber 3380, Schafe 3254, Schweine 9923, Ziegen 12, Schweine aus dem Ausland 277. Preise: Ochsen a) 50—53, b) 42—48, c) 37 bis 40, d) 30—35; Bullen a) 45—48, b) 41—44, c) 36—39; Kühe und Färsen a) 46—51, b) 39—44, c) 31—36, d) 25—28, e) 20—23; Fresser 33—38; Kälber a) —,—, b) 80—88, c) 65 bis 75, d) 48—60, e) 35—45; Stallmastschafe a) 45—52, b) 33 bis 42, c) 23—28; Schweine a) —,—, b) 65—66, c) 63—65, d) 60 bis 62, e) 58—60, f) bis 57; Säue 60—62; Ziegen 20—25. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig. (Vom 3. bis 5. Mai 1925 Mastviehausstellung; letzter Anmeldetermin: 31. März 1925.)

★ **Produktenbörse.** Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm.

	11. 3.	10. 3.		11. 3.	10. 3.
Weiz., märk.	253-258	253-258	Weizkl. f. Brl	14,0-14,3	14-14,3
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	14,0-14,3	14-14,3
Rogg., märk.	247-249	247-249	Raps	395-400	395-400
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	26-31	26-31
Futtergerste	215-230	215-232	kl. Speiseerbs	20-22	20-22
Braugerste	245-260	247-260	Futtererbsen	19-20	19-21
Hafer, märk.	189-194	189-194	Peluschken	18-19	18-19
pommerscher	—	—	Ackerbohnen	19-20	19-21
westpreuß.	—	—	Wicken	18,5-20	18,5-20
Weizenmehl			Lupin., blaue	12,2-13,5	12,2-13,7
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	14,5-16	14,5-16
Bln. br. inkl.			Seradella	14,2-16,5	14,2-16,5
Sack (feinst.			Rapskuchen	16,8-17	17-17,2
Mrk. ü. Not.)	34,5-37	34,5-37	Leinkuchen	22,0-22,5	22-22,5
Roggenmehl			Trockenschtzl.	9,5-9,6	9,5-9,6
p. 100 Kil. fr.			ow. Zucksch.	—	—
Berlin br.			Torfml. 30/70	9,3	9,3
inkl. Sack	33,7-36,2	33,7-36,2	Kartoffelfl.	19,2-19,5	19,3-19,5

Vereins-Kalender.

Volksbücherei des Bürgervereins Bad Warmbrunn: Ausgabe jeden Montag, von ½4—½6 Uhr im Gemeindeamt.

Volksbücherei des Bürgervereins Herischdorf. Ausgabe: jeden Donnerstag von 5—7 Uhr, Schulhaus 2.

Katholischer Kirchenchor. Jeden Donnerstag Probe im Pfarrhaus.

Schützengilde. Jeden Dienstag Stutzenschießen in der „Flotte".

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag abend 8 Uhr Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Verein der Handwerksmeister. Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr: Wintervergnügen im „Schles. Adler".

Zitherklub „Alpenklänge". Sonnabend, den 14. März, abends 8 Uhr: Stiftungsfest im „Preußischen Hof".

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Warmbrunn-Herischdorf. Sonnabend, den 14. März, abends ½8 Uhr: Versammlung auf dem Scholzenberg.

Gewerbeverein. Dienstag, den 17. März, abends 8 Uhr: Sitzung mit Damen (Familienabend) im Blockhaus.

Turnverein Warmbrunn. Sonnabend, den 28. März, abends 8 Uhr: Monatsversammlung im „Schles. Adler". Im Anschluß daran geselliges Beisammensein.

Jungdeutsche Schwesternschaft
Bad Warmbrunn-Herischdorf.

Allen denen, die unsere Bemühungen zur Erlangung von Bekleidung für bedürftige Konfirmanden mit hilfreicher Hand unterstützten, sagen wir herzlichen Dank und laden sie ein, der Verteilung der Gaben am Sonnabend, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, in der „Schneekoppe" beizuwohnen.

Die Meisterin.

Mein Schweinskopf
Versand ist seit vielen Jahren berühmt.
Probepaket, 9 Pfund mit dicken Fettbacken frisch gepökelt Pfd. 50 Pf., geräuch. Pfd. 60 Pf. Von 30 Pfd. an 48 und 58 Pf. ab hier.
Garantie beste, keine amerikan. Ware.
W. Peter Pape, Fleischwarenfabrik,
Hamburg 4 No. 89

Zither-Klub „Alpenklänge"
Warmbrunn-Herischdorf.
Zur Feier des Stiftungsfestes
Sonnabend, den 14. März 1925, abends 8 Uhr,
im „Preußischen Hof", Bad Warmbrunn:
Zither-Konzert
Eintritt 75 Pfennig. Kassenöffnung 7 Uhr.
nach dem Konzert: **BALL**
Freunde des Zitherspiels sind herzlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Drucksachen jeder Art liefert in geschmackvoller Ausführung und zu billigsten Preisen
WARMBRUNNER NACHRICHTEN.

Homöopathischer Verein Hirschberg und Umgegend.
Gruppe Warmbrunn-Hermsdorf.
Dienstag, den 17. März 1925, abends 8 Uhr
in Hermsdorf, Tietzes Hotel
1. **Vortrag** des homöopathischen Arztes und Nervenarztes Herrn Dr. med. A. Zweig, Hirschberg-Warmbrunn über **„Suggestion, Hypnose und Magnetismus".**
2. Vereinsangelegenheiten.

Für Gäste, die zum Vortrag willkommen sind, 30 Pfg Eintrittspreis.

Suche
Landhaus mit Garten und Kleintierstall evtl. auch etwas Acker per bald zu pachten.
Offerten unter „Y. 10" an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Verantwortlich für Reklamen und Inserate: Hans Patermann in Warmbrunn.